

# BLICKPUNKT PLENUM

29. bis 31. August 2017

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde  
im Hessischen Landtag



## Regierungserklärung zur Mobilität

In seiner Regierungserklärung zum Thema „Mobilität“ hat der Grüne Verkehrsminister keine wirklichen Konzepte für eine Verbesserung der Verkehrssituation in Hessen geliefert. Denn es reicht nicht aus zu beschreiben, wie man sich das Jahr 2035 vorstellt. Vielmehr geht es um eine dauerhafte Verbesserung für Pendler und Arbeitnehmer in den Städten und auf dem Land. Gerade im ländlichen Raum erfahren wir, dass in den letzten Jahren nur sehr dürrig saniert wird und selbst stark befahrene Landesstraßen nach jedem Winter erneut eine Buckelpiste sind. Hessen leidet unter einem enormen Investitionsstau bei der klassischen Verkehrsinfrastruktur, die seit Jahren systematisch vernachlässigt wird. Fast die Hälfte der Straßen und Brücken im Land sind in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand. Und der Zustand wird nicht besser, wenn die Landesregierung Jahr für Jahr weniger Geld zur Verfügung stellt, als allein für den Erhalt des Status Quo erforderlich wäre. An spürbare Verbesserungen für die maroden Straßen ist bei dieser Unterfinanzierung nicht zu denken. Zwar weist die angekündigte Aufstockung der Landesmittel etwa für die E-Mobilität in die richtige Richtung, gemessen an den großen Aufgaben und erforderlichen Verkehrsprojekten sind das aber nur winzige Bausteine. Das Stauland Hessen hat schon heute nicht die Infrastruktur, die die Menschen und die Unternehmen hier brauchen. Deshalb fordern wir auch einen zügigen Ausbau der Schienenverbindungen im Land und verlässliche Ausstattung der Verkehrsverbünde, wie des NVV.

Die fünf Millionen Euro im Jahr, mit denen die Landesregierung den Umstieg von Dieselmotoren auf solche mit Elektroantrieb jetzt fördern will, reichen gerade einmal aus, um 25 Busse pro Jahr zu bezuschussen. Bei über 3.000 Bussen in Hessen würde es also 120 Jahre dauern, bis die gesamte Flotte auf E-Motoren umgestellt ist. Von einer spürbaren Förderung alternativer Antriebe durch Schwarzgrün kann also keine Rede sein. Auch warnen wir davor, sich bei der Suche nach emissionsfreien Antrieben allein auf den Elektroantrieb zu konzentrieren: Elektrofahrzeuge sind nicht die Lösung aller Umweltprobleme – sie können angesichts der Ressourcen, die z.B. für die Herstellung der Batterien eingesetzt werden müssen, schnell zu neuen Problemen führen. Deswegen wollen wir technikoffene Forschung fördern!

## Mangel an qualifizierten Lehrkräften

Zu Beginn des Schuljahres 2017/18 konnten 100 Stellen von Grundschullehrkräften nicht besetzt werden, außerdem Stellen an den Förderschulen, an weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und an beruflichen Schulen. Hessenweit fehlen derzeit Lehrkräfte für die Fächer Physik, Chemie, Musik und Kunst in allen Schulformen, aber auch in den Fachrichtungen Metall- und Elektrotechnik an beruflichen Schulen. Es fehlen Förderschullehrkräfte ebenso wie Förderstunden – auch deshalb ist die hessische Inklusionsquote die schlechteste bundesweit. Der schleppende Ganztagschulausbau behindert zusätzlich den Ausbau der inklusiven Beschulung, und beim Übergang von der Grund- zur weiterführenden Schule werden Eltern zu Bittstellern. Inklusion kann durch das Treffen angemessener Vorkehrungen ein Gewinn für alle Schülerinnen und Schüler sein. So schlecht gemacht, droht Inklusion die Akzeptanz zu verlieren – bei Eltern und Lehrkräften. Durch steigende Schülerzahlen wird sich der Lehrermangel in den nächsten Jahren weiter verschärfen. Hinzu kommt, dass von den rund 60.000 Personen, die an den öffentlichen Schulen in Hessen beschäftigt sind, fast 6.000 nicht über das entsprechende Lehramt oder zumindest eine Lehrbefähigung verfügen. Der Lehrermangel in Hessen ist also noch deutlich größer, als der Kultusminister eingesteht.

Fakt ist: Die Landesregierung hat die Lehrerausbildung sträflich vernachlässigt. Es fehlt seit Jahren an ausreichenden Studienkapazitäten wie auch an Weiterbildungsmaßnahmen für Quer- und Seiteneinsteiger. Neben den offensichtlich nicht besetzten Stellen wird durch eine Verordnung des Kultusministers rege davon Gebrauch gemacht, den tatsächlichen Lehrermangel durch Personen ohne pädagogische Ausbildung zu kaschieren.

Die Vielzahl von Überlastungsanzeigen macht deutlich, dass Handlungsbedarf besteht. Weil der Markt für Lehrkräfte leergefegt ist, fordern wir die Landesregierung auf, den Lehrermangel durch verstärkte Qualifizierung von Seiten- und Quereinsteigerinnen und -einsteigern zu bekämpfen, die Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung zeitgemäß auszugestalten, die Attraktivität des Lehrerberufs zu erhöhen und Lehrkräfte aller Lehrämter gleich zu bezahlen.

### **Hessenkasse – Land zieht sich aus der Verantwortung**

Der Entschuldungsfond zur Ablösung der Kassenkredite hessischer Kommunen (sog. „Hessenkasse“) wird wieder einmal vor allem durch Bundesgeld und kommunale Mittel finanziert. Das Land als Verursacher der kommunalen Finanzkrise - Hessens Kommunen sind bundesweit die höchstverschuldeten - stiehlt sich aus der Verantwortung. Es wäre Aufgabe der schwarz-grünen Landesregierung gewesen, die Kommunen mit Landesmitteln aus dieser Lage zu befreien. Das geschieht aber nicht, sondern es werden zur Ablösung der Kassenkredite Mittel zweckentfremdet, die den Kommunen zustehen. 80% des geplanten Entschuldungsfonds zahlen die Kommunen selbst: Dazu gehören jährlich ca. 60 Mio. € Bundesmittel (Geld für die Kommunen nach dem Bundesteilhabegesetz als Hilfe für behinderte Menschen), weitere 60 Mio. € aus dem Fond Deutsche Einheit, 20 Mio. € aus dem Landesausgleichstock und 100 Mio. € kommunale Eigenmittel. D.h., die Landesregierung beteiligt sich selbst nur mit einem Fünftel - 60 Mio. € - und setzt 240 Mio. € kommunales Geld für die Entschuldung ein. 240 Mio. €, die Kreisen, Städten und Gemeinden Jahr für Jahr an anderer Stelle fehlen.

Darüber hinaus wird der von den Kommunen jährlich geforderte Eigenanteil (25 Euro pro Einwohner) neue Steuer- und Gebührenerhöhungen auslösen. Denn viele Kommunen sind angesichts hoher Pflichtaufgaben nicht in der Lage, diese Mittel durch Einsparungen aufzubringen. Und so wird der heute schon vorhandene Sanierungsstau dramatisch weiter gehen.

### **Gebührenfreie Kitas – ein schwarz-grünes Wahlkampfmanöver**

Unter dem Druck des SPD-Vier-Stufen-Plans für vollständige Gebührenfreiheit und Qualitätsverbesserung in den Kitas hat die Landeregierung einen Schnellschuss losgelassen, der den Eltern in unserem Land nur bedingt hilft: Zehntausende von Eltern müssen auch weiterhin Kita-Gebühren zahlen, weil sie mehr als sechs Stunden Betreuung am Tag benötigen! Und für den so wichtigen Bereich der Unter-Dreijährigen bietet die Landesregierung überhaupt keine Entlastung an, obwohl hier die höchsten Betreuungskosten anfallen.

Unser umfassendes Gebührenkonzept sieht vor, sowohl die Eltern als auch die Städte, Gemeinden und Landkreise zu entlasten. Nach unserer Vorstellung werden die Eltern stufenweise über vier Jahre vollständig von den Gebühren für die Kinderbetreuung befreit. Und zwar auch im Bereich der Unter-Dreijährigen und für mindestens acht Stunden am Tag.

Die Kommunen sollen höhere Zuschüsse zu den Betriebskosten der Kitas und Kindergärten erhalten, so dass sie höchstens ein Drittel dieser Kosten zu tragen haben. Von einer solchen Regelung ist der schwarz-grüne Plan weit entfernt, denn die vorgesehene Gebührenerstattung von 136 Euro pro Kind liegt in vielen Städten und Gemeinden unter dem bisher von den Eltern entrichteten Betrag - für die Kommunen wieder ein Verlustgeschäft. Wir müssen handeln, und genau das sieht unser Konzept vor: Neben einer Entlastung der Gebühren für Eltern und Betriebsausgaben für Kommunen wollen wir stufenweise Verbesserungen für das Personal. Viele Kita-Mitarbeiter sind angesichts der Gruppengrößen überfordert. Zudem ist die Bezahlung meist nicht geeignet, um den Erzieherberuf für Nachwuchs attraktiver zu machen. Das von uns angestrebte Gesamtpaket ist u.a. durch den neu verhandelten Länderfinanzausgleich zu finanzieren! Schwarz-grün dagegen will die Eltern teilweise auf Kosten der Kommunen entlasten, und das lehnen wir ab!